

Wo ist der weiße Ritter der Politik?

Von

Heiner Flassbeck

WuM, Juni 2004

Was wird in diesen Tagen neuer gewaltiger Steuerlöcher landauf, landab nicht alles diskutiert: Mehr Schulden, höhere Mehrwertsteuer, neue Sparpakete, Subventionsabbau und die ganz große, die finale Reform. Das klingt wie immer in Deutschland und ist in den Nuancen doch ganz anders. Nun ist auf einmal nichts mehr tabu, alles darf man wieder sagen. Trotz des üblichen politischen Hickhack schält sich dabei eines ganz klar heraus: Es gibt inzwischen einige einflussreiche Menschen in der Bundesregierung, die verstanden haben, dass es so nicht weitergeht. Die haben - nach fast sechs Jahren, aber immerhin - begriffen, dass man jetzt nicht ein neues Sparpaket schnüren kann, weil all die alten Sparpakete schon gewaltig in die Hose gegangen sind.

Das unterscheidet diese wenigen politisch Verantwortlichen auch von den anderen politisch Verantwortlichen, von einem Großteil der Medien, der Mehrheit der gerade abgelieferten Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute und von der Opposition. Die diskutieren nämlich alle immer noch genau wie vor fünf Jahren, ob man jetzt nicht endlich mal die Subventionen kürzen könnte, oder ob es nicht sinnvoll wäre, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, um die Löcher zu stopfen.

Die wenigen aber scheinen zu wissen, dass das alles Unsinn ist. Dass es nach einer dreijährigen Stagnationsphase nicht darum geht, irgendeine neue Grausamkeit zu begehen, sondern darum, die Stimmung zu drehen, Mut zu schaffen, die Masseneinkommen zu erhöhen und nicht zu senken. Sie wissen, dass jedes Sparpaket nur zu neuen Löchern führen würde, weil die Konjunktur abgewürgt würde. Sie haben erkannt, dass die bisherige wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland auf dem Kopf stand, weil sie so tat, als sei das Wachstum irgendwie vorgegeben oder alleine mit den „Reformen“ zu schaffen, während die konkrete negative Wirkung der Sparpakete ignoriert wurde.

Sie fragen, woher ich meinen Optimismus nehme? Nun, es gibt in der Tat untrügliche Anzeichen für die Wende, selbst wenn die wenigen noch nicht den letzten Mut haben, sich der Medienschelte zu stellen und das als richtig erkannte auch politisch umzusetzen. Nehmen Sie nur die erwähnte Gemeinschaftsdiagnose. Wenn Stimmen aus der Bundesregierung auf die Forderung der Mehrheit der Institute (DIW und Halle waren die Minderheit) mit an Brutalität grenzender Offenheit sagen, es komme überhaupt nicht in Frage, nun wieder zu sparen, weil das den Aufschwung in Frage stelle, dann zeigt das eine neue Qualität der Debatte.

Wenn ein paar Tage nach diesem Gutachten eine Diskussion lanciert wird, die darauf hinaus läuft, zu testen, wie die öffentliche Stimmung hinsichtlich einer höheren Verschuldung des Staates ist, dann zeigt das, was hinter den Kulissen abläuft. Wenn der Finanzminister mit seinem Mehrwertsteuerplan im Kabinett glatt abgebügelt wird, dann ahnt man, wo welche Truppen stehen.

Und schließlich, wenn die sich mehrenden Zeitungsberichte stimmen, die sagen, ein Mann wie Peter Bofinger sei bei einigen Mitgliedern des Bundeskabinetts der eigentliche Kandidat für das Amt des Bundesbankpräsidenten gewesen und nicht der letztlich erwählte Axel Weber, dann spräche das die sprichwörtlichen Bände über die Stimmung in Berlin. Bofinger ist zwar auch Professor für Geldtheorie wie Weber, bei ihm aber weiß man, wo er steht. Er hat mehr als einmal deutlich gemacht, dass in dieser Situation weiteres Sparen nicht zu einer Verbesserung der Haushaltsituation führt, sondern zum Gegenteil.

Die wenigen in der Bundesregierung werden früher oder später aus der Deckung kommen müssen. Sie werden sich der verwirrten Öffentlichkeit und den vollständig abgedrifteten Medien stellen müssen. Und sie werden die Personalentscheidungen treffen müssen, ohne die eine wirtschaftspolitische Wende nicht zu haben ist. Sie werden sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen müssen „Oskar sei zurück“ und in Europa werden sie ein großes Fass aufmachen müssen, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu Fall zu bringen. Noch schlimmer, sie werden sich mit der Europäischen Zentralbank anlegen müssen, den Kralshütern der alten Ideologie und den unerschrockenen Kämpfern um ihre technokratische Unabhängigkeit.

Das alles ist schrecklich und jedes einzelne Element lässt jeden vernünftigen Menschen schauern. Doch es gibt keine Alternative. Angesichts der bis weit in 2005 hinein vorgegebenen extrem schwachen Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer, ist ein Umschwung nur mit staatlichem Geld, mit viel staatlichem Geld, und solchem Geld, das nicht jemand anderen aus der Tasche gezogen wird, noch zu machen. So haben es übrigens auch die USA gerade gemacht, und, wie wir wissen, extrem erfolgreich.

Wenn Deutschland jetzt nicht die wirtschaftspolitische Wende hinlegt, dann ist das nicht nur das Ende dieser Bundesregierung, es ist auch schon das Ende der nächsten Bundesregierung und der Beginn einer langen Phase eines noch schlimmeren wirtschaftlichen Niedergangs in Deutschland und Europa. Die jüngsten Wahlen in Frankreich haben gezeigt, wie die Wähler Regierungen bestrafen, die über lange Zeit wirtschaftlich versagen.

Manchmal muss einer den Part des Ritters Ivanhoe übernehmen und mehr als ein paar Knoten durchschlagen. Der Eine tut es aus Überzeugung, der Andere vielleicht, weil er verzweifelt ist und keinen Ausweg mehr sieht. Ich schätze, dass es in Deutschland um Wochen und nicht mehr um Monate geht, bis wir wissen, ob es den rettenden weißen Ritter in der deutschen Politik gibt.